

Stellungnahme

Oktober 2023

Deutscher Bundestag Ausschuss für Digitales
Ausschussdrucksache 20(23)174
46. Sitzung (ÖA) 18.10.2023 12.10.2023

Bitkom zur internationalen Digitalpolitik

Digitalisierung ist ein globales Phänomen, dementsprechend finden digitalpolitische Weichenstellungen häufig jenseits nationalstaatlicher Grenzen statt. Die von der Bundesregierung geplante Internationale Digitalstrategie (IDS) kann hier eine Lücke schließen, denn bislang folgt die deutsche Digitalpolitik auf internationaler Ebene nicht immer einer eindeutigen Agenda. Wir begrüßen es daher sehr, dass mit der IDS eine **klare Richtung** vorgegeben werden soll.

Wichtig dabei ist, dass die IDS nicht nur nach innen wirkt. Genauso ist sie eine Botschaft nach außen. Mit den richtigen Inhalten kann sie zu einem **Kooperationsangebot** an unsere (zukünftigen) Partner werden und Deutschlands Außenpolitik weiter stärken. Dieser Aspekt muss bei ihrer Formulierung zentral bedacht werden. Entsprechend sollte die Strategie auch direkt auf Englisch publiziert werden.

Als Branchenverband der Digitalwirtschaft empfehlen wir folgende Punkte für die Ausgestaltung der internationalen Digitalpolitik:

- **Europäische Digitalpolitik stärker prägen:** Regulatorisch ist Digitalpolitik international und v. a. europäisch. Aktuell bringt sich die Bundesregierung aber häufig zu spät und auch ohne klar erkennbare Linie in die entscheidenden europäischen Debatten ein. Damit die Digitalpolitik der Bundesregierung besser nach außen wirkt, empfehlen wir daher eine Reihe an **Veränderungen an den Abstimmungsprozessen**. Hierfür gilt es Silos aufzubrechen und agiler, z. B. in Projektgruppen, zu arbeiten. Dazu gehören auch eine Geschäftsordnung der Bundesregierung, die schnelle Entscheidungen zulässt und Koalitionspartner, die einander vertrauen.

Vom Grundsatz „nothing is decided until everything is decided“ sollte die Bundesregierung in ihren internen Abstimmungen abweichen: Gerade bei EU-Regulierungsvorschlägen sollten die Häuser in die Lage versetzt werden, für im Ressortkreis unstrittige Positionen zügig auf EU-Ebene werben zu können. Andere, ggf. strittige Einzelpunkte können im weiteren Verlauf unter den Ressorts geklärt werden. Dieses Prinzip eines „**Minimum Viable Positioning**“ würde dazu führen, dass Deutschland in Regulierungsdebatten auf EU-Ebene deutlich früher als bisher stattfinden kann. Zudem sollte eine regierungsinterne Koordinierungsfunktion des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) für große EU-

Digitalregulierungen in der internationalen Digitalstrategie festgeschrieben werden.

- **Stärkerer Einsatz in Internationalen Gremien:** Neben Entschlossenheit und Geschwindigkeit braucht erfolgreiche Digitalpolitik starke Partner und noch **mehr Einsatz in den internationalen Gremien**. Zusätzlich zur Einbindung unserer europäischen und transatlantischen Wertepartner sind die Offenheit und das Werben um neue Partner, insbesondere aus dem globalen Süden, essenziell. Dafür muss Deutschland auch sein Engagement in **internationalen Foren und Organisationen wie dem Internet Governance Forum (IGF) und der International Telecommunications Union (ITU) ausbauen**.

Dort, wo Deutschland bereits sehr aktiv ist, muss dieses Engagement fortführen, etwa in den G7 oder den G20. Ausdrücklich begrüßen wir vor diesem Hintergrund die Bemühungen der Bundesregierung durch die **Internationalen Digitaldialoge** ihre Beziehungen zu einzelnen Partnerländern zu stärken.

Neben **mehr Personal braucht es auch eine bessere Koordination innerhalb der Bundesregierung**, wie sich Deutschland in verschiedenen Gremien und Komitees der einzelnen internationalen Organisationen einbringt. Die IDS sollte daher Regelungen beinhalten, wie dies **automatisch und auch in Fällen passiert, in denen sich eine internationale digitalpolitische Komponente erst in Zukunft entwickelt**.

- **Technologie zusammen regulieren:** Wo immer die Bundesregierung versucht, Regeln für den Umgang mit einzelnen Technologien, wie z. B. Künstlicher Intelligenz (KI), zu etablieren, sollte dies im internationalen Maßstab geschehen, also zusammen mit globalen Wertepartnern. Nationale Alleingänge schaffen im Wesentlichen Wettbewerbsnachteile, aber verfehlen zumeist das eigentliche Regulierungsziel. Entsprechend sollte sich die Bundesregierung für **die Normung von KI im Schulterschluss** mit Partnern auch außerhalb der EU, also etwa den USA, Japan und Südkorea, einsetzen. Sonst laufen Deutschland und Europa Gefahr, durch regulatorische Alleingänge als Innovationsstandort unattraktiver zu werden.
- **Meinungsfreiheit im Internet schützen:** Immer mehr autokratische Staaten nutzen digitale Technologien zur Unterdrückung von demokratischen Bewegungen oder Minderheiten. Werkzeuge hierfür sind u. a. ungerechtfertigte Datenlokalisierungsvorschriften, Content Moderation oder gezielte Internet Shutdowns. Wo immer diese Maßnahmen außerhalb eines demokratisch ausgehandelten verhältnismäßigen Rahmens liegen, sollte die Bundesregierung das Thema zusammen mit ihren Partnern adressieren. Ziel muss es sein, **Minderheiten zu schützen und Menschenrechte einzuhalten**. Dazu gehört auch ein globales Eintreten für den Schutz der Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen.

- **Globale Normen und Governance fördern:** Zurzeit droht die Welt in verschiedene technologische Sphären zu zerfallen. Um die bereits skizzierten Gefahren für ein freies Internet abzuwenden und globale Märkte möglichst offen zu halten, gilt es, das System der Standardisierung und Normung zu nutzen und zu fördern. Der Einsatz deutscher Unternehmen und insbesondere **KMU in den internationalen Gremien der Standardisierung und Normung sollte finanziell unterstützt werden.** Andere Länder, wie z.B. China, gehen bereits diesen Weg. Das bestehende System sollte dabei nicht für die Durchsetzung politischer Ziele genutzt werden. Stattdessen sollten sich in den Gremien Expertinnen und Experten zu den normungs- bzw. standardrelevanten Fragen austauschen und einigen. Nur wenn Vertrauen besteht, dass eine technische und keine politische Debatte geführt wird, bleibt das System attraktiv und wird auch global genutzt.
- **Auf dem 1,5-Grad-Pfad bleiben:** Der weltweite Einsatz digitaler Technologien für Nachhaltigkeit und Klimaschutz ist eine notwendige Voraussetzung, um die globalen Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig gilt es auch, den ökologischen Fußabdruck dieser Technologien durch möglichst globale Regeln zu reduzieren. Eine internationale Digitalstrategie muss beide Ziele vereinen und sowohl den globalen Roll-Out nachhaltiger digitaler Technologien, z.B. durch die Exportförderung und globale Wissensvermittlung, unterstützen als auch auf einen gemeinsamen globalen Wettbewerbsrahmen hinarbeiten.
- **Digitale Handelspolitik stärken:** Das internationale Handelssystem hält allzu häufig nicht mit dem Tempo der Digitalisierung Schritt. Entsprechend braucht es ein kontinuierliches und stärkeres Engagement der Bundesregierung für den digitalen Handel.

Erstens müssen **Handelsabkommen konsequent digital gedacht** werden. Insb. sollten Abkommen Regelungen für die Erleichterung digitaler Geschäfte, Verbote auf Abgaben für elektronische Übertragung, den Schutz von Geschäftsgeheimnissen sowie Verbraucherschutz enthalten. In Fällen, in denen kein umfassendes Handelsabkommen abgeschlossen werden kann, sollte der Abschluss eines Einzelabkommens für den digitalen Handel angestrebt werden.

Zweitens bedarf es eines Engagements für die **Weiterentwicklung der World Trade Organization (WTO) zur DTO** – der Digital Trade Organisation – und den weiteren Einsatz Deutschlands für das Moratorium auf Zölle für digitale Produkte.¹ Zudem braucht es globale Mindeststandards für die Datenverarbeitung sowie ein **internationales Datentransferrahmenwerk**, z. B. im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder G7.

Drittens sollte die Bundesregierung eine Reihe an Anpassungen ihrer eigenen Exportförderung unternehmen, um digitalen Gütern besser gerecht zu werden.²

¹ [Bitkom 2022 a.](#)

² [Bitkom 2022 b.](#)

- **Datenschutz europäisieren:** Zur Verbesserung internationaler Datenflüsse sollte der deutsche Datenschutz internationaler ausgestaltet, um- und durchgesetzt werden. Hierfür sollte sich die Bundesregierung für eine **Europäisierung der Aufsichtsstrukturen** einsetzen, damit die EU mit einem harmonisierten, effizienten Datenschutzraum eine stärkere Position in internationalen Verhandlungen erlangt. Die Bundesregierung sollte außerdem für EU-Adäquanzentscheidungen für die strategisch wichtigen Märkte werben.
- **Den Global Digital Divide reduzieren:** Der Zugang zum Internet und ausreichende digitale Kompetenzen sind globale Gerechtigkeitsfragen. Die Bundesregierung trägt schon heute dazu bei, den hier bestehenden Global Digital Divide zu reduzieren. Damit diese Maßnahmen noch erfolgreicher sind, gilt es, die Mittel der **Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsförderung besser zu verzahnen**. Denn mit Blick auf die Reduktion dieser Kluft fallen die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaftsförderung, z. B. sichere Netze, die Ausbildung von Fachkräften oder das Entstehen von Wirtschaftsbeziehungen, häufig zusammen. Eine bessere Verzahnung wäre z. B. durch eine bessere Abstimmung von Projekten wie der **Global Gateway Initiative** mit den Bedarfen der Wirtschaft möglich.
- **Das Internet sicherer machen:** 79 Prozent der Cyberangriffe in Deutschland stammten 2022 aus Russland oder China.³ Immer häufiger gefährden Angriffe Telekommunikationsnetze und damit das Nervensystem der digitalen Welt. Um internationale Cyberkriminalität besser zu bekämpfen, braucht es ein System von Regeln im internationalen Cyberspace, an dem sich möglichst viele Staaten beteiligen. Dafür sollte sich die Bundesregierung einsetzen und ihre **Cyberaußenpolitik ausbauen**. Es gilt, die Kooperation mit internationalen Sicherheitsbehörden zu verstärken. Zentrale Werkzeuge sind hier die Zuarbeit zum *UN Cybercrime Treaty* sowie der Schutz der Forschung zu Sicherheitslücken in Software. Der Einsatz für eine freie und offene Nutzung des Internets darf dabei nicht vernachlässigt werden.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

Herausgeber

Bitkom e.V.

Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

Fabian Zacharias | Leiter Politik

T 030 27576-105 | f.zacharias@bitkom.org

Christoph Tovar | Referent für Internationales & Innovationspolitik

T 030 27576-145 | c.tovar@bitkom.org

Verantwortliches Bitkom-Gremium

AK Außenwirtschaftspolitik

AK Public Affairs

Copyright

Bitkom 2023

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom oder den jeweiligen Rechteinhabern.